

Stärken und Schwächen der indischen Demokratie

Von der gelenkten zur pluralistischen
Demokratie

von

Hans-Georg Wieck

1 Koalitionsregierungen in Serie - Indiens Demokratie im Niedergang?

Während dieser Essay geschrieben wird, erlebt Indien erneut eine Regierungskrise. Innerhalb von etwas mehr als zehn Jahren wird der siebente Ministerpräsident Indiens gesucht. Neuwahlen sind ausgerufen worden.¹ Zwischen 1947 und 1989 hatte das Land gerade einmal sieben Ministerpräsidenten: J. Nehru, L.B. Shastri, Indira Gandhi, Moraji Desai, Rajiv Gandhi. Angesichts der über Jahrzehnte hinweg dominierenden Stellung der Kongreßpartei liegt die Vermutung nahe, daß seit einiger Zeit die Periode einer weitgehend gelenkten Demokratie durch eine Übergangsphase abgelöst wird, die zu einer pluralistischen Struktur im parteipolitischen Spektrum führt, im sozialen Bereich zur Stärkung der emanzipierten unteren Kasten, die früher Wählerschichten („vote banks“) der Kongreßpartei waren, sowie im wirtschaftlichen Bereich zur Kräftigung der Wirtschaftsverbände, welche die bisherige staatliche Dominanz in Wirtschaftsfragen herausfordern. Dietmar Rothermund weist in einer

¹V.P. Singh 1989/90, Shandra Shekhar 1990-91, Narasimha Rao 1991/96, A. Vajpayee 1996 (13 Tage), Gauda 1996/97, I.K. Gujral 1997/98, A. Vajpayee 1998/99.

Ergebnisse der Parlamentswahlen 1991-1998

Sitzverteilung in der Lok Sabha - rund 540 Sitze

Parteigruppen	1991	1996	1998
BJP (Bharatiya Janata Party) und Verbündete	125	185	245
Kongreßpartei	260	140	160
Vereinigte Front (UF) (Janata Dal, Kommunisten)	75	115	100
Regionalparteien	20	92	50

Studie nach den Parlamentswahlen im Jahre 1998 darauf hin, daß im Falle einer weiteren Differenzierung des indischen Parlaments infolge der Zersplitterung des Parteiengefüges in zukünftigen Wahlen eine Situation denkbar sei, in der die beiden landesweit operierenden großen Parteien - Kongreßpartei und Bharatiya Janata Party - nur noch die Hälfte der abgegebenen Stimmen gewinnen, während die andere Hälfte auf die zahlreichen regionalen Splitterparteien fällt.² Eine solche Entwicklung würde zwangsläufig die Stabilität von Regierungen, ihre Handlungsfähigkeit in Frage stellen. Sie müßte als eine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Regierungssystems angesehen werden. Dieser Frage wie auch der Bedeutung des demokratischen Prinzips für Erfolg und Mißerfolg der sozial-kulturellen Emanzipation der unteren Kasten, der Ureinwohner sowie der Frauen auf dem Land und in den Provinzstädten ist dieser Essay gewidmet.

Die von A. Vajpayee geführte BJP-Koalitionsregierung verlor nach einer längeren inneren Schwächeperiode in einer Vertrauensabstimmung am 17. April 1999 knapp mit einer Stimme (269 statt 270 erforderlichen Stimmen) die Mehrheit und trat zurück. Die Kongreßpartei unter Führung von Sonia Gandhi war jedoch nicht imstande, mit den Parteien der Vereinigten Front („United Front“), also dem Linksbündnis, und mit regionalen Splitterparteien eine Mehrheit für eine Regierungsbildung unter Leitung der Kongreßpartei, genauer gesagt unter Sonia Gandhi, zusammenzubringen. Der 84jährige, kommunistische Regierungschef von Westbengalen, Basu, wurde als Kompromißkandidat für eine mehrheitlich vom Kongreß getragene Regierung diskutiert.

²Dietmar Rothermund, „The Fall-out of a New Political Regime in India“, in: *Asien*, Nr.68, S.5ff.

Am Ende des Pokerns kam eine vom Kongreß geführte oder geduldete Regierung nicht zustande. Innerhalb von drei Jahren wurden zum zweiten Mal „außer der Reihe“ Parlamentswahlen unausweichlich. Hatte sich Sonia Gandhi verrechnet? Oder wurde sie vom Sturz der Regierung Vajpayee überrascht? Kann sie mit gutem Grund darauf bauen, die nächsten Wahlen - vor der Monsunperiode oder danach - mit einer regierungsfähigen Mehrheit zu gewinnen? Die Tragweite der politischen Talfahrt des Regierungssystems für die Vertrauenswürdigkeit der Demokratie in Indien und für die politische Regierungsfähigkeit nach innen und außen läßt sich schwer abschätzen. Daß die Frage überhaupt ernsthaft gestellt wird, muß als ein politisches Wetterleuchten gewertet werden. Ist Gefahr im Verzug für die demokratische Regierungsform? Könnte es einen neuen politisch motivierten „Notstand“ geben? Oder bildet sich ein auf breiter politischer Basis stehender Ansatz für eine Verfassungsänderung, um verfahrensmäßig den neuen pluralistisch orientierten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen?

Indien braucht stabile Regierungen, die eine Legislaturperiode durchstehen können und in dieser Zeit politisch handlungsfähig sind, um Reformen weiterzubringen und Schaden abzuwenden, aber nicht zur Handlungsunfähigkeit verdammt sind, weil sie nur eine Minderheitsregierung darstellen oder ein Konglomerat von unterschiedlichen Interessen. Seit 1989 hat nur die Regierung von Narasimha Rao (1991-1996) eine ganze Legislaturperiode durchgestanden. Die Kurzlebigkeit der Koalitionsregierungen wird zu einem Problem der Handlungsfähigkeit und der Vertrauenswürdigkeit der indischen Demokratie. Die strukturell bedingte politische Krise bedarf einer Lösung. Sie ist wohl am ehesten in einer Verfassungsänderung zu finden, es sei denn, man könnte auf die Selbstheilungskräfte des Landes bauen. Darauf ist aber angesichts der Krise der politischen Parteien kaum zu hoffen. In diesem Falle mußten die Wähler selbst erkennen, daß die Zersplitterung der Parteienlandschaft zu einer tödlichen Krankheit für das demokratische Prinzip werden könnte. In der gegebenen Situation müßte sich ein stabiles auf Dauer angelegtes Bündnis der Kongreßpartei mit den Parteien der Vereinigten Front herausbilden. Sonia Gandhi mag von hoher psychologischer Bedeutung für die Regeneration der Kongreßpartei sein, aber als Führungspersönlichkeit einer Regierung und als Integrationsfigur für die Bildung eines Mitte-Links-Kartells ist sie vielleicht doch überfordert. Ihr Rückhalt in den Linksparteien ist gering.

2 Das demokratische Prinzip - Überlebensformel für den indischen Subkontinent und seine Kulturen

Eine Demokratie mit 600 Millionen registrierten Wählern und mehr als 25 Bundesstaaten, die nach den gleichen demokratischen Regeln wie der Gesamtstaat regiert werden, dazu noch mit demokratisch gewählten Gemeinde- und Kreisräten, in denen es Frauen- und Minderheitenquoten gibt, ist das überhaupt eine Staatlichkeit, die Bestand haben kann? Die Frage stellen heißt schon, eine negative Antwort erwarten zu müssen. Eine Demokratie, die sich unter so ungünstigen Voraussetzungen entwickeln muß, ist nur als eine „gelenkte“ Demokratie denkbar, oder aber sie würde deutliche Merkmale einer labilen Staatlichkeit aufweisen, die auf Dauer den Bestand des Staatswesens in Gefahr bringen. Indien ist aber - jedenfalls bislang - entgegen allen skeptischen Befürchtungen eine lebendige, nicht eine vorgetäuschte Demokratie mit 600 Millionen Wählern in einem ein Land, das 25 anerkannte Landessprachen aufweist, keine landesweit gesprochene gemeinsame Sprache hat, vor den Gerichten die imperial importierte englische Sprache verwendet, diese Sprache aber auch sehr wirksam als Mittlerin originärer indischer Literatur in andere Teile der Welt und des Standes der Wissenschaften, der Technik und der Literatur nach Indien hinein nutzt. Kurzum: Wir haben es mit einer bislang in Stürmen bewährten Demokratie zu tun.

Diese Demokratie hat unter der Kongreßführung eine säkular ausgerichtete Verfassung erhalten und darauf aufbauend Reformen im Interesse der Gleichheit aller vor dem Gesetz und mit der föderalen Struktur die Sicherung der kulturellen und regionalen Vielfalt zustande gebracht. Und doch ist Indien auch ein Land zahlloser Widersprüche geblieben, die aufzuzählen Seiten in Anspruch nehmen würde. Wir wollen uns damit gar nicht befassen, sondern von dem Grundtatbestand ausgehen, daß auf der Basis der demokratischen Verfassung fünfzig Jahre hindurch das parlamentarische System praktiziert und neben den außenpolitisch bedingten Fällen in den Jahren 1962 und 1971 nur ein einziges Mal aus innenpolitischen Gründen der Notstand (Emergency 1975-1977) ausgerufen wurde, und zwar unter Indira Gandhi. Sie stürzte die indische Demokratie in eine Krise.

Die Regierungsbildung findet heute auch in den Kreis- und Gemeinderäten nach demokratischen Prinzipien statt. Angesichts einer solchen Bilanz fällt es schwer, die Realität der lebenden Demokratie in Indien in Frage stellen zu wol-

len. Einschränkend ist aber zu bemerken, daß die Kongreßpartei Jahrzehnte hindurch so dominierend war - auch in der Manipulation von Macht durch das Zentrum, also die Union gegenüber den Bundesländern - daß durchaus die Gefahr bestand, daß die Demokratie in das Muster einer sozialistischen Volksdemokratie abgleitet. Dieser Gefahr wurde von Zeit zu Zeit durch Koalitionsregierungen entgegengewirkt, die sich aus Dissidenten des Kongresses und anderen Parteien haben bilden können, allerdings während der ersten vier Jahrzehnte jeweils nur von kurzer Dauer waren (1977-1979, 1989-1991). Das Wahlrecht mit der Bestimmung eines Abgeordneten in den Wahlkreisen im Wege der einfachen Mehrheit bietet stets die Möglichkeit, ein Wahlbündnis gegen die dominierende Partei zu bilden.

Soweit so gut. Es könnte also so weitergehen. Das aber ist nicht der Fall. Indiens Demokratie ist heute neuen, ungewohnten Herausforderungen ausgesetzt. Die herkömmlichen Mittel scheinen nicht tauglich, um die Stabilität der Regierungen durch die Herausbildung starker politischer Parteien wiederzugewinnen. Zu Lasten der beiden landesweit operierenden Parteien - BJP und Kongreß - und auch zu Lasten des lockeren Linksbündnisses der „Vereinigten Front“ haben sich zahlreiche Regionalparteien herausgebildet, die als Splittergruppen im Unionsparlament Einzug hielten und meist von den sozial und dann auch politisch emanzipierten unteren Kasten getragen werden. Diese Regionalparteien spielen eine große Rolle in den Unionsländern, den Bundesstaaten. Und so kann man aus gutem Grunde sagen: Die Demokratie in Indien befindet sich einmal wieder in einer Krise. Sie ist mit Fragen konfrontiert, die sie bislang kaum kannte.

Die Zeiten einer dominierenden Kongreßpartei sind vorbei. Der Kongreß befindet sich seit der Ermordung von Rajiv Gandhi im Jahre 1991 und in Folge der vom Kongreß selbst eingeleiteten wirtschaftspolitischen Liberalisierung in einer Abwärtsbewegung, die mit der Wahl von Sonia Gandhi zur Parteivorsitzenden Anfang 1998 zunächst einmal gebrochen wurde. Ob aber unter ihrer Führung die konzeptionellen und personellen Grundlagen einer Regeneration oder Neubestimmung der Partei geschaffen werden können, ist unter Beobachtern durchaus strittig.

3 Das demokratische Prinzip und das Werden der indischen Nation

Wahlen sind in Indien allgemein und geheim. Frauen und Männer haben das aktive und passive Wahlrecht. Aber die Hälfte der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Die lokalen Verhältnisse werden vielfach weiterhin von Landbesitzern, Geldwechslern und der Staatsgewalt beherrscht. Armut ist das Ergebnis, Landflucht die Folge und die Verslumung der Städte eine neue Gefahr für die Struktur des Landes. Selbstverwaltung, also Partizipation aller Bevölkerungsteile, ist heute nach dem Gesetz vorgeschrieben, befindet sich aber noch im Aufbau. Die lokale Basis ist die wichtigste Komponente in einer lebendigen Demokratie, ihre bisherige fast sträfliche Vernachlässigung hat zu einem erheblichen Teil die Schwächen der indischen Demokratie verursacht. Das Analphabetentum hat sehr viel mit der Abhängigkeit der Frau in den Familien zu tun. Dort, wo dies nicht der Fall ist, wie in Kerala, ist auch Lesen und Schreiben Allgemeingut. Die relative Armut des Landes ist auf die sozialistische, ja kommunistische Gesetzgebung des Landes zurückzuführen. Investitionen von außen unterbleiben. Leistungsfähige Arbeitskräfte wandern in andere Bundesstaaten und ins Ausland ab.

Frauen sind vor allem auf dem Lande in den Familien ihrer Männer sozial eingepfercht, und die heranwachsenden Mädchen werden eher nicht zur Schule geschickt, weil sie dann für die landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeiten nicht zur Verfügung stehen. Eine Reise in das indische Hinterland bestätigt diese Erfahrungswerte.

Aber die von indischen Traditionen, der britischen Herrschaft und von den Defiziten der zentristischen Wirtschaftspolitik verursachten sozialen Probleme der Gegenwart lassen sich nicht durch flächendeckende oder wahllos vergebene Einzelprogramme bewältigen, sondern nur im Wege der schrittweisen Realisierung einer sozialen, politischen und auch wirtschaftlichen Struktur, die soziale Abhängigkeiten beseitigt, überkommene Kastenordnungen tatsächlich aufhebt und praktisch durch Partnerschaft und Gleichstellung die Abhängigkeit der Frauen und Minderheiten schrittweise überwindet. Im Wege der gesetzlich verankerten und praktisch vollzogene Partnerschaft werden in den Menschen, die in Abhängigkeit lebten, ungeahnte Energien freigesetzt. Wir nehmen diesen Energieschub heute in Indien auch nach Einleitung der Liberalisierung an vielen Stellen wahr, am deutlichsten bei der dynamischen Entwicklung der Software-Industrie.

Hier wird nur angesprochen, was in der indischen Verfassung als Zielsetzung vorgegeben wurde, aber nur wenig mit der indischen Wirklichkeit gemein zu haben schien.

Nicht ohne Grund haben Skeptiker bei der Errichtung des unabhängigen Indien und angesichts der Gewalttätigkeiten, die unmittelbar danach folgten, in Zweifel gezogen, ob dieser indische Subkontinent mit seinen zerklüfteten politischen Grenzen zwischen den Fürstentümern und den britischen Dominion-Gebieten und angesichts seiner multiethnischen, multireligiösen Strukturen zu einem Staat mit einem Staatsvolk und gar mit einer funktionierenden Demokratie entwickelt und jemals Bestand haben könnte.

Churchill wurden die Worte in den Mund gelegt, daß Indien genauso wenig ein Staatsvolk werden könne oder gar sei, wie es möglich sei, auf dem Äquator einen Staat mit einem Staatsvolk zu errichten. Auch Nehru war sich der Problematik durchaus bewußt und hat stets auf die Idee von der Einheit Indiens abgestellt, also auf etwas Geistiges Bezug genommen, wenn er von der Einheit der indischen Nation sprach. Dies erklärt auch die bei Jawaharlal Nehru zu beobachtende Neigung, diese labile indische Staatsstruktur zwar demokratisch zu gestalten, den Staat aber doch auf der Grundlage einer zentristisch geführten Kongreßpartei in die Zukunft zu führen. Er hat seine Rolle nicht auf die eines Koordinators rivalisierender Kräfte beschränken wollen, eine Funktion, die er natürlich auch nicht ganz verdrängen konnte, um unterschiedliche Tendenzen in der Kongreßpartei auszugleichen.

In der Tat wurde die traditionsreiche Freiheitsbewegung schon vor der Unabhängigkeit zur wichtigsten staatsbildenden Kraft, da sie über 50 Jahre hindurch die Führungsschicht auf die Idee des unabhängigen Indien hin orientierte und diese Botschaft in allen Landessprachen zu einem Kommunikationsmedium über die Grenzen zwischen Fürstentümern und Dominion-Gebieten hinweg machte. Ohne diesen Vorlauf wäre es den Freiheitskämpfern ergangen wie Michail Gorbatschow, der in den Jahren 1985-1990 aus der Sowjetunion über Nacht eine offene demokratische Gesellschaft machen wollte, ohne sich auf eine gewachsene Führungsschicht in allen Gebieten des Landes mit einem gemeinsamen Ziel abstützen zu können.

Es ist überliefert, daß Jawaharlal Nehru, der Aristokrat aus dem Kaschmir, von seinen Einblicken in das sowjetische Modell für die Zukunft Indiens stärker inspiriert wurde als durch die Hüterin der modernen Demokratie - die britische Unterhaustradition. Dies dürfte auf sein Verständnis von der Rolle der Kongreßpartei als Führungskader der Nation und für eine im Werden begriffene Nation zurückzuführen sein. Der Kongreßbewegung und der

nachfolgenden Kongreßpartei fiel es nicht zu, den „neuen“ Menschen nach dem Vorbild kommunistischer Vorstellungen zum kollektivierten Menschen zu gestalten. Es war vielmehr die Aufgabe dieser Partei, zwischen den Menschen des von so unterschiedlichen überkommenen Kulturen und fremden Zivilisationen geprägten Subkontinents eine staatstragende soziale Verknüpfung zu schaffen, sie durch eine Idee mit praktischen Auswirkungen für das Zusammenleben zu motivieren und „zu lenken“.

Man kann also sagen, daß aus der Kongreßbewegung nicht eine sozialistische Partei, wohl aber eine Staatspartei wurde, die darauf abzielte, die materielle, die soziale und staatliche, aber auch die geistige, also ideelle Infrastruktur in einem föderativen System aufzubauen, in dem die zentristischen britischen und die konföderativen Komponenten der bisherigen Fürstentümer verschmolzen werden konnten. Ungeachtet des in Indien vorhandenen unternehmerischen Potentials, baute er auf die Entwicklung der staatlich gesteuerten Industrie, ausgehend von der früheren britisch kontrollierten Rüstungs- und Schwerindustrie. Die noch labile politische Unabhängigkeit sollte nicht von ausländischen Direktinvestitionen und Kapitalinteressen abhängig werden. Britisches Kapital floß in erheblichem Umfang ab. Ausländische Direktinvestitionen wurden nur als Minderheitenbeteiligungen akzeptiert.

Einen Alptraum bildete für Nehru die Gefahr des Separatismus, der Sezession vom Zentralstaat. Er hat schweren Herzens die Abtrennung Pakistans hingenommen, weil er im Grundlagenvertrag über die Unabhängigkeit keine Austrittsklausel akzeptieren wollte.

Ebenso kann die nach außen hin dargestellte internationale Funktion Indiens - eine Führungsfunktion anfangs im Dialog mit China und nach dem Debakel im Jahre 1962 (chinesische Invasion in Nordost- und Nordwestindien) mit den anderen Ländern der ungebundenen, aus der Kolonialherrschaft emanzipierten Ländern Asiens und Afrikas - als ein Mittel angesehen werden, um der Identität Indiens durch die Übernahme einer bestimmten Rolle auf der Weltbühne ein internationales Eigengewicht zu geben. Dies geschah mit der Übertragung der im Kampf um die Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft angewandten Prinzipien des gewaltlosen Widerstandes und der gewaltfreien Lösung von Problemen auf die Rahmenbedingungen der internationalen Staatengemeinschaft. Eine neue Ethik sollte international relevant werden: die Macht der Gewaltlosigkeit gegenüber der physischen Macht der Staatsgewalt und einer zweifelhaften Legitimation ihrer Anwendung auf der internationalen Bühne. Daß diese politische Strategie nicht in der gleichen Weise wie im Kampf um die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Großbritannien auf der

Weltebene funktionierte und auch zu fragwürdigen verbalen Allianzen mit einer leicht zu durchschauenden Friedenspolitik der Sowjetmacht führte, hat die Grenzen dieser Konzeption auf der Weltbühne deutlich gemacht.

Im Jahre 1962 mußte Pandit Nehru nach dem chinesischen militärischen Angriff im Nordosten und im Nordwesten Indiens im Parlament zugeben, daß seine Politik der „Fünf Prinzipien“ der Gewaltlosigkeit im Verhältnis zu China gescheitert sei, obschon sie als Richtlinie der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auch von China angenommen und auf der Bandung-Konferenz der ungebundenen Länder im Jahre 1955 als Wegweisung der ungebundenen Welt akzeptiert worden war. Kurze Zeit später griff Indien selbst zu den Waffen, um die Portugiesen aus der Kolonie Goa zu treiben.

Nehru hatte in Übereinstimmung mit der Politik der Gewaltlosigkeit auf den Bau von Nuklearwaffen verzichtet. Mit einer zeitlichen Verzögerung von über drei Jahrzehnten wurde das Prinzip der Gewaltlosigkeit auch auf diesem Gebiet aufgegeben. Unter dem Einfluß der zwischenzeitlichen Entwicklung im Bereich der Nuklearwaffen und Trägersysteme einschließlich der Rüstungskontrollkomponenten und im Lichte der verschlechterten strategischen Lage Indiens nach dem Verlust des sowjetischen Bündnispartners übernahm Indien, das dem chinesischen nuklearen Potential und einem chinesisch-pakistanischen Zusammengehen ausgesetzt blieb und einmal Opfer einer chinesischen Invasion gewesen war, die internationale Politik und Doktrin des Gleichgewichts der Kräfte und wurde - ohne eine internationale Vertragsverpflichtung zu verletzen - Nuklearmacht. Pakistan folgte auf dem Fuße. Auch der Umstand, daß China gegenüber Indien durch den Ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat mit Vetomacht privilegiert ist, trug zu der jüngsten pragmatischeren Entfaltung der indischen Außenpolitik bei. Indien hat die Spielregeln der internationalen Gemeinschaft angenommen und Positionen besetzt, die es in gewissem Umfang aus der bisherigen strategischen Unterlegenheit befreien - mit der Folge, an den internationalen Verhandlungstischen ernst genommen zu werden.

Die „moralischen und prinzipiellen Positionen“ bleiben bestehen in den Forderungen nach globaler nuklearer Abrüstung und nach Reform des VN-Sicherheitsrates im Interesse der angemessenen Beteiligung der wichtigsten Staaten der Völkergemeinschaft an den sicherheitspolitisch relevanten Entscheidungen des VN-Sicherheitsrates. Dies wird als Demokratisierung der Vereinten Nationen bezeichnet. Die Rolle als moralischer Anwalt der ungebundenen Welt während der Ost-West-Konfrontation und der damit verbundenen militärischen Konfrontation hatte eine gewisse internationale Bedeutung. An die Stelle dieses Prinzips ist heute auch in der indischen Außenpolitik das Prinzip

des strategisch -militärischen Gleichgewichts, der Mitsprache in den globalen Gremien und das des wirtschaftlichen Aufschwungs unter den Bedingungen eines offenen, aber von heftigen Konkurrenzkämpfen bestimmten Weltmarktes getreten.

Dieser Wandel hat enorme Rückwirkungen auf die indische Wirtschaft, die unter dem Schutz der Zollschränken und unter der Kontrolle, aber auch dem Schutz der staatlichen Wirtschaftsplanung unproduktiv und innovationsarm geworden war. Im Westen herrschten durchaus Zweifel an der Fähigkeit Indiens vor, eine moderne, dem Weltstandard entsprechende Wirtschaft zu entwickeln. Das einst moderne, von den Deutschen gebaute Stahlwerk in Rourkela war zu einem von Staatssubsidien abhängig gewordenen Unternehmen geworden, bevor es schließlich Anfang der 90er Jahre unter deutscher Beteiligung marktgerecht modernisiert werden konnte.

4 Die Idee der Demokratie - Motor und Instrument der sozialen Reform

Das Land hat vom Gesetz her, von der Strategie und Zielsetzung der Staatsgründer aus betrachtet, die gigantische Aufgabe auf sich genommen, die Kastenordnung, also das seit Jahrhunderten prägende Element der indischen Gesellschaft zu überwinden. Gleiches haben in der Geschichte immer wieder auch Religionsstifter versucht.

Die Aufhebung der Kasten aber konnte nur geschehen, wenn das Land sich nicht nur eine Verfassung gäbe, in der die Gleichheit aller postuliert wird, sondern mit der auch die gesetzgeberischen, exekutiven sowie rechtsprechenden Organe geschaffen würden, um diese Forderung in die Wirklichkeit umzusetzen. Den politischen Willen zu dieser Reformpolitik mußte die Kongreßpartei entwickeln und immer wieder erneuern.

Die Verfassung des indischen States vom 26. Januar 1950 hat mit der Aufnahme eines Katalogs der Grundrechte der Menschen in Indien hohe Ansprüche gesetzt, hohe Erwartungen aufkommen lassen: die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die Aufhebung aller rechtlichen Ausformungen von Unterschieden zwischen Angehörigen der Kasten, vor allem der unteren Kasten; die Gleichstellung von Mann und Frau vor dem Gesetz mit dem allgemeinen Diskriminierungsverbot (Religion, Geschlecht, Sprache und Kultur). Andererseits wird angesichts der vorgegebenen, aus der bisherigen Entwicklung erwachsenen Diskriminierungen von Menschen in Indien die „positive Diskrimi-

nierung“ in die Verfassung für die bislang diskriminierten Kasten und Klassen aufgenommen d.h. Quotenregelungen für den Zugang zum öffentlichen Dienst, Regelungen, die wegen Mißbrauchs dann auf eine Höchstgrenze von 50 Prozent eingeschränkt wurden. Es gibt für diese Gruppen auch Reservierungen in den Parlamenten auf Unions- und Landesebene.

Der Grundrechtsteil der Verfassung hat für Indien revolutionären Charakter. Die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte spiegeln den Elan wider, mit dem die Staatsgründer in einem extrem angeheizten politischen Klima an ihr Werk gingen, an ein Werk, das auch heute noch weit von einem annähernd befriedigenden Grad der Umsetzung entfernt ist, aber nie aufgehört hat, Maßstab für die Programme des Kongresses zu sein. An dem Maßstab der Grundrechte hat sich der Kongreß immer messen lassen müssen.

Die Grundrechte sind Maßstab für die säkulare Rechtsordnung des Landes. Sie haben Gerichtsurteile und Entscheidungen herbeigeführt, die der Regierung, den herrschenden Kräften kaum immer gefallen konnten, wie zum Beispiel bei der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Falle des Unterhaltsanspruchs einer nach islamischem Recht geschiedenen Frau gegen ihren früheren Ehemann, der die Trennung herbeigeführt hatte. Die Regierung Rajiv Gandhi verhinderte die Umsetzung dieses Urteils durch eine Gesetzesänderung und brach damit in einem wesentlichen Punkt die Weiterentwicklung der Säkularisierung des indischen Gemeinwesens ab. Die Entscheidung der Regierung zugunsten der islamischen Minderheit heizte die fundamentalistischen Tendenzen bei der konservativen Partei, der BJP, erheblich an. Das Prinzip der säkularen Familienstandsregelung soll nach hinduistischer Auffassung für alle gelten. Alternativ sollen die hinduistischen Traditionen hinsichtlich der Rechtslage der Familienmitglieder ebenfalls so geschützt werden, wie es zugunsten der Muslime geschah und hinsichtlich der Hindus gegenwärtig nicht der Fall ist.

Gerichte und Wahlkommission genießen unter der Bevölkerung ein hohes Ansehen, auch die obersten Organe des Staates als solche, aber nicht die handelnden Personen.

Unter der BJP-Regierung A. Vajpayee (1998/1999) haben auf örtlicher Ebene antichristliche Demonstrationen zugenommen. In Orissa wurde ein australischer Missionar zusammen mit einem seiner Söhne kaltblütig ermordet. Antichristliche Aktionen werden damit in Verbindung gebracht, daß die Kongreßpartei die Witwe von Rajiv Gandhi, eine Christin aus Italien, zur Vorsitzenden der Partei und damit praktisch auch zur Kandidatin für das Amt des Premierministers gewählt hat. Die Abneigung gegen ausländische Missionare

geht auf die Kolonialzeit zurück. Heute gesellen sich Rivalität und Abneigung gegenüber den im sozialen und im erzieherischen Bereich angelegten Werken christlicher Institutionen aus dem In- und Ausland dazu. Diesen Aktivitäten werden proselytische Zielsetzungen unterstellt.

Christen machen heute 2,5 Prozent der indischen Bevölkerung aus. Vor allem in Kerala und im Nordosten des Landes gibt es einen relativ hohen christlichen Anteil der Bevölkerung. Das Christentum ist nicht erst mit den Kolonialmächten nach Indien gekommen, sondern hat dort seit dem ersten Jahrhundert nach Christus Heimatrecht. Die Regierung Vajpayee hat zum religiösen Frieden, zur Toleranz aufgerufen und jede Komplizenschaft der BJP mit den antichristlichen Kampagnen auf der lokalen Ebene zurückgewiesen. Die Zwischenfälle zeigen, wie notwendig die säkulare Verfassung des Gesamtstaates für den dauerhaften Bestand des Landes ist, in dem es so viele religiöse, also auch kulturelle Unterschiede und Spannungen gibt.

Die jüngste Welle gewaltsamer hinduistisch-islamischer Auseinandersetzungen fand im Dezember 1992 in Ayodhya und anschließend in Maharashtra statt. Über 1.000 Todesopfer waren zu beklagen. Bislang ist das Land ohne einen besonderen, verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Minderheitenschutz ausgekommen. Bei Akzentuierung des hinduistischen Charakters des Staates zu Lasten des gegenwärtigen säkularen Status des Gesamtlandes müßte wohl ein Minderheitenschutz verfassungsrechtlich verankert werden.

In einer Phase schwacher zentraler Regierungen - und wir befinden uns derzeit in einer solchen - wächst stets die Gefahr von Ausbrüchen religiöser und ethnischer Zusammenstöße.

Quotenregelungen zugunsten der unteren Kasten und der Stämme (Ureinwohner) und die Ausweitung des Bildungsbürgertums haben die Emanzipation von den traditionell bestimmten Familienstrukturen in ungewöhnlichem Maße gefördert. Die traditionelle Sicherung der Lebensexistenz durch den Familienverband wird mehr und mehr durch wirtschaftliche und soziale Sicherungssysteme und durch den eigenen Wohlstand der Familienmitglieder in ihren Kleinfamilien ersetzt. Daher sind die oft machtpolitisch oder ideologisch bestimmten Bemühungen politischer Parteien, tradierte Strukturen gewaltsam zu erhalten oder wiedereinzuführen, auf die Dauer zum Scheitern verurteilt. Von der nach der Verfassung gesetzlich geschaffenen zivilrechtlich geschlossenen Ehe mit gleichberechtigter Regelung der Erbschafts- und Scheidungsfrage unter Ausschluß der von der Tradition her üblichen Mitgift der Ehefrau wird zunehmend Gebrauch gemacht, insbesondere dann, wenn die Ehefrau selbst eine berufliche Ausbildung genossen hat und beruflich tätig

ist. Es steht außer Frage, daß diese fundamentalen Veränderungen, die mit der Entfaltung der Urbanität und der wirtschaftlichen Basis einhergehen, nur auf der Grundlage der 1950 vom „westlich aufgeklärten“ Kongreß durchgesetzten säkularen Verfassung haben erfolgen können.

Nicht ohne Grund wird in der Kritik der indischen Demokratie darauf hingewiesen, daß ungeachtet der unbestrittenen Bemühungen der Kongreßregierungen um das Wohl der Gesamtbevölkerung der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung in den 50 Jahren des unabhängigen Indien nur von rund 50 auf rund 30 Prozent der Bevölkerung zurückgegangen ist. Die absolute Zahl der in Armut lebenden Menschen hat sich - wegen des Wachstums der Gesamtbevölkerung - von 150 auf 320 Millionen (250 Millionen auf dem Lande, 70 Millionen in der Stadt) erhöht.

Indien hat also nicht ein Wachstum der Wirtschaft erreichen können, das bei der Wachstumsrate der Bevölkerung notwendig gewesen wäre, um die Armut zu beseitigen. Die zahlenmäßige Zunahme der Armut geht im wesentlichen auf die verbesserte Grundversorgung bei der allgemeinen Gesundheitsvorsorge zurück, also auf den Rückgang der Kindersterblichkeit und damit die Erhöhung der Lebenserwartung, aber auch darauf, daß diese Veränderungen vor allem auf dem Lande eintraten, wo über lange Zeit hindurch keine Produktions- und Produktivitätssteigerung stattfand und die tradierten Lebensweisen mit der Unselbständigkeit der Frau und der Vernachlässigung der weiblichen Nachfahren dominant blieben. Erst mit der 1992/93 erfolgten Einführung der lokalen Selbstverwaltung unter Berücksichtigung einer 30%igen Frauenquote und einer dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Quote für die Angehörigen der Stämme sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß auch auf dem Lande die sozialen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung ohne Diskriminierung bestimmter sozialer Schichten - Frauen, Kinder weiblichen Geschlechts - berücksichtigt und neue Produktivkräfte freigesetzt werden.

Dieses verfassungsändernde und seit langem überfällige Panchayat-Gesetz aus dem Jahre 1992/93 hat eine Entwicklung eingeleitet, die über Jahrzehnte fortgeführt tatsächlich die Armut auf dem Lande beseitigen und den Bevölkerungsdruck mindern kann. Noch befindet sich diese Reform in den Kinderschuhen, und erste Analysen bestätigen den Anfangsverdacht, daß die dreistufige Selbstverwaltung mit Quoten für Frauen und Stammesangehörige bisher nur in wenigen Fällen substantielle Verbesserungen gebracht hat.³ Die Umgestaltung der Selbstverwaltung wird den Zufluß der auf dem Lande keine

³Raaghav Gaiha, P.D. Kaushik, Vani Kulkarni, „Jawahar Rozgar Yojana, Panchayats, and the rural poor in India“, in: *Asian Survey*, Nr.10, 1998, Berkeley, Kalifornien/USA.

Lebensgrundlage findenden Bevölkerung in die Slums der Großstädte abmildern und damit auch zur Sanierung der Metropolen beitragen können. Das Panchayat-Gesetz (73. Verfassungsänderung) hat den gleichen revolutionären Charakter wie die Verfassungsregelungen aus dem Jahre 1950 zur Gleichstellung aller Menschen vor dem Gesetz und zur Beseitigung aller überkommenen rechtlich relevanten Diskriminierungen. Nicht unbedenklich in rechtlicher Hinsicht, aber unabdingbar vor dem Hintergrund der tatsächlichen sozialen Lage im Lande waren die in die Verfassung aufgenommenen Regelungen zugunsten der unteren Kasten (Positivdiskriminierung).

5 Demokratie und Wirtschaft in Indien

Die vom Kongreß gebildete Regierung Narasimha Rao hat im Juni 1991 die Liberalisierung der indischen Wirtschaft eingeleitet. Diese Entscheidung wurde durch den Wegfall der bisherigen währungspolitischen Grundlagen des Wirtschaftsaustauschs mit der Sowjetunion und mit anderen Ländern des Regionalen Wirtschaftsblocks Osteuropa/Sowjetunion verursacht. 30 Prozent des indischen Außenhandels spielten sich mit der Sowjetunion und den RGW-Ländern im Wege des bilateralen Zahlungsausgleichs (Weichwährung) ab. Darunter waren so wichtige Güter wie Erdöl und Waffen. In der Sowjetunion konnte Indien seine auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähigen Waren absetzen. Noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte Moskau den Handel mit Indien auf harte Währung um. Im Frühsommer 1991 bahnte sich ebenfalls die Gefahr einer Zahlungskrise in der Bedienung der Auslandsschulden gegenüber dem Westen ab. Die Währungsreserven schmolzen rapide.

Vor dem Hintergrund einer über vierzigjährigen gesamtstaatlich geplanten und mit Staatsbetrieben durchsetzten Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ist auch diese Liberalisierung als ein revolutionärer Vorgang anzusehen. Die Liberalisierung hat in der Zwischenzeit an Schwung verloren, aber der Prozeß ist politisch und wirtschaftlich als unumkehrbar einzuschätzen.

Was bedeutet das für die indische Demokratie?

Schrittweise wurden und werden die Privilegierung des Staates auf dem Kreditmarkt abgebaut, die wirtschaftliche Aktivität inländischer und ausländischer Unternehmen von Genehmigungsverfahren für ihre Geschäftstätigkeit befreit, die Konvertibilität der Rupie in wichtigen Bereichen herbeigeführt und die Haushaltsführung auf einen Konsolidierungskurs gebracht - ein Ziel, das nur durch den drastischen Abbau der Subventionen erreicht werden kann. Das sind für Politiker harte Nüsse, da sie ja in der Regel mit Subventionen

Politik machen. Bei den Subventionen, bei der Privatisierung der staatlich kontrollierten Unternehmen und in der noch ausstehenden Liberalisierung des Arbeitsmarktes gibt es einen Reformstau.

Mit der Abkehr von staatlicher Kontrolle und Steuerungsmechanismen des wirtschaftlichen Geschehens ist der Kongreß 1991 erneut reformerisch in den Vordergrund getreten, obschon seine innere Kohäsion darunter erheblich zu leiden begann. Eine Krise wurde ausgelöst, die er bislang noch nicht überwunden hat. Die wirtschaftliche Reformpolitik mit weitreichenden Folgen für die Begrenzung der Finanzierung von Förderprogrammen politisch-sozialen Charakters war in den Parteigremien nicht beraten worden. So kam es zu erheblichem Widerstand auf Parteibasis nach den entsprechenden Entscheidungen der Regierung von Narasimha Rao und seinem Finanzminister Manmohan Singh.

Narasimha Rao verlor die Parlamentswahlen im Jahre 1996 - eben wegen der fehlenden Unterstützung der Basis und wegen seines Ansehensverlustes infolge von Korruptionsvorwürfen gegenüber mehreren Regierungsmitgliedern und gegen ihn selbst. Das Prestige seines Finanz- und Wirtschaftsministers Manmohan Singh hingegen blieb politisch unbeschädigt. Er spielt heute neben Pawar (Maharashtra) eine Schlüsselrolle in der Kongreßführung. Grundsätzlich bleibt also der Kongreß auf dem Kurs der Wirtschaftsreform. Zur Umsetzung bedarf es aber immer einer Mehrheit im Parlament und eines auf diesem Gebiet standhaften Ministerpräsidenten.

Der Beweis dafür, daß der Kongreß entscheidenden Anteil daran hat, daß die demokratische Staatsordnung nicht nur das Funktionieren der demokratischen Regeln für die Wahl und Abwahl, auch Neubildung von Regierungen zum Ziel hat, sondern auch die Umsetzung einer verfassungsmäßig geforderten neuen, mit den Menschenrechten kompatiblen sozialen Ordnung anstelle der tradierten Kasten- und Klassengesellschaft läßt sich durch einen Blick auf die benachbarten Staaten leicht erbringen. Sie haben noch heute mit dem gleichen Erbe zu kämpfen - dem der britischen Kolonialherrschaft und der tradierten Kasten oder Klassen (Großgrundbesitz).

Eine im Jahre 1997 bei 10.000 befragten Personen durchgeführte Meinungsumfrage, der ersten umfassenden seit über 25 Jahren, brachte das erstaunliche Ergebnis, daß sich die Mehrzahl der Menschen, die traditionell den unteren Kasten zugerechnet werden, im neuen Indien angemessen integriert fühlt. Das Ergebnis überrascht eigentlich nicht, wenn man sich die Erfolge des bisherigen nun fünfzigjährigen Integrationsprozesses vor Augen führt, für den der Kongreß letztlich die entscheidende Antriebskraft im Lande war und ist,

wenn er sich denn von seinem Niedergang befreien und eine breitere Basis im Lande gewinnen, ja mobilisieren kann. Dafür gibt es aber derzeit nur wenige überzeugende und handgreifliche Indikationen. Das kann sich schnell ändern. Die Aussicht auf weitere grundlegende Reformen in Indien mit dem Ziel einer menschenwürdigen Existenz für alle Gruppierungen des Landes mag derzeit nicht groß sein, aber der schon geschaffene Rahmen reicht aus, um die Armut wirksam zu bekämpfen, die Wirtschaft von weiteren Fesseln zu befreien und die Defizite in der Infrastruktur zu beseitigen (Straßen, Eisenbahn, Häfen, Kommunikation). Die schwierigste Hürde besteht in der Notwendigkeit, die politischen Institutionen in den Stand zu setzen, ohne Einschränkung der Regierungsfähigkeit mit Koalitionsregierungen umzugehen.

In mittelfristiger Sicht werden aber auch weitere Reformen durchzusetzen sein: das Erziehungs- und Ausbildungswesen liegt darnieder, das Gesundheitswesen ist in vielen Teilen des Landes zusammengebrochen, die Gerichte sind überlastet, das Arbeitsrecht ist weder sozial leistungsfähig noch wirtschaftlich verträglich.

In ihrer kurzen Regierungszeit von einem Jahr hat die BJP mehr die Attribute einer Partei gezeigt, die Macht verwalten will, als den Willen und die Fähigkeit - mit Ausnahme auf dem Gebiet der Nuklearwaffen, die Regierungsgewalt zur Einleitung wichtiger Reformprojekte zu nutzen. Dies mag auch an der schwachen Mehrheit gelegen haben, über die Vajpayee im Parlament verfügte, und an dem Umstand, daß sich die Regierungsarbeit durch schwierige Koalitionsverhandlungen sehr kompliziert gestaltete. Unter den heutigen parlamentarischen Verhältnissen wäre eine Kongreßpartei in keiner besseren Lage.

6 Demokratie und Regierung im Jahre 2000

Fazit: Die Glaubwürdigkeit der indischen Reformdemokratie leidet substantiell unter der fortdauernden Krise des Regierungssystems mit rasch wechselnden Regierungen und zu häufigen Parlamentswahlen. Diese müssen stattfinden, weil der Gesetzgeber seine Aufgabe nicht erfüllt, die notwendigen gesetzlichen, sei es auch verfassungsrechtlichen Änderungen zu vollziehen, die entweder Koalitionsregierungen mit Hilfe des „konstruktiven Mißtrauensvotums“⁴

⁴Nach dem Prinzip des konstruktiven Mißtrauensvotums kann eine Regierung während einer Legislaturperiode durch den Bundestag nur dadurch abgelöst werden, daß vom Parlament mit gesetzlicher Mehrheit (eine Stimme mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Parlaments) ein neuer Bundeskanzler gewählt wird.

nach deutschem Vorbild stabiler machen oder aber das qualifizierte Mehrheitswahlrecht nach französischem Vorbild mit zwei Wahlgängen einführen, um der Inflation kleiner Parteien entgegenzuwirken. Es wäre auch denkbar, ein präsidentiales System nach amerikanischem Vorbild einzuführen. Das ist in Indien schon oft mit negativem Ausgang diskutiert worden. Wahrscheinlich wäre die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums noch am ehesten im indischen Parlament durchzusetzen, da es keine Partei geben kann oder auch gibt, die ein Interesse an häufigen Parlamentswahlen haben könnte. Natürlich sind dieses alles nur „technische“ Hilfsmittel, um in einer sich herausbildenden politischen Struktur mit einer Vielzahl von Parteien auf der Länderebene Regierungstabilität im Zentrum auch bei Koalitionsregierungen zu erreichen.

Die Herausbildung dieses Mehrparteiensystems ist unter anderem die Folge der politischen Emanzipation der früheren unteren Klassen und Kasten, die sich nicht mehr als Wahlvolk für eine Zentrale aktivieren lassen, auf die sie keinen Einfluß haben. Insbesondere von der Zentrale der Kongreßpartei wird eher eine „Kommandosprache“ erwartet wird als die Sprache in einer Koalitionspartnerschaft.

Ohne Frage hat zum Zerfall der Parteienstruktur der innere Auflösungsprozess der Kongreßpartei beigetragen. Zahlreich sind die Fälle, in denen der Kongreß vom Pfade demokratischer Tugenden abgewichen ist: Indira Gandhi bei Ausrufung des Notstands 1975, der Kongreß in der Freigabe der Rache an den Sikhs, der Kompromiß mit den Muslimen zu Lasten der Glaubwürdigkeit der säkularen Verfassung, Verstrickungen in Korruptionsfälle, also der Mißbrauch der Macht. Aber es bleibt auf der Aktivseite immer noch sehr, sehr viel, was von der Kongreßpartei zur inneren Reform des Landes im Sinne einer modernen Demokratie beigetragen wurde. Keine andere Parteigruppierung hat einen so hohen Anteil an der indischen Reformdemokratie wie der Kongreß.

Mit der heutigen Repräsentantin der Gandhi-Dynastie - der aus Italien stammenden Witwe von Rajiv Gandhi ist vielleicht das Ergebnis von Parlamentsswahlen zu verbessern, aber eine erfolgreiche Regierungsarbeit erscheint doch sehr problematisch, da sie mit dem komplizierten indischen Staatsapparat und Politiksystem gar nicht so vertraut sein kann, wie das für die politische Schlüsselfigur einer Regierung unerlässlich zu sein scheint. Sonia Gandhi ist auch auf einigen wichtigen Feldern verwundbar. Da mag es noch unaufgeklärten Nachlaß aus der Zeit von Rajiv Gandhis Regierungstätigkeit geben. Aber auch die Tatsache der ausländischen Abstammung und die nur begrenzten Hindikenntnisse würden sie in einer Reihe von Fragen nur eingeschränkt

handlungsfähig machen. Wollen und können sich darauf auch Koalitionspartner einlassen? Eine Trennung von Parteivorsitz und Regierungsamt ist in Indien nicht üblich und ließe sich kaum glaubwürdig durchführen. Es bliebe der freiwillige Rücktritt von den Ämtern. Das ist unwahrscheinlich. Die Geschichte wird ihren Lauf nehmen: Sonia Gandhi an der Spitze der Kongreßpartei im kommenden Wahlkampf und eventuell eine Regierung unter ihrem Vorsitz.

Es wird dann auf die Mähtekonstellation in ihrem Umfeld und zwischen den „Landesfürsten“ ankommen. Ein solches Bündnis kann halten, so lange der Nymbus der Familie Nehru-Gandhi politisch trägt. Ob die Entscheidung zugunsten der Kandidatur von Sonia Gandhi richtig ist, wird erst später zu beurteilen sein. Werner Adam zitiert in seinem Leitartikel „Indien in Zeiten der Wirren“ (FAZ, 21. April 1999) die indische Wochenzeitschrift *India Today* mit den Worten „Sonias Alptraum beginnt“.

Der Stau bei sozialen Reformen wirkt auf die Wirtschaft negativ zurück. Staatsbetriebe werden nicht saniert, Kredite bleiben teuer, das Wachstum nimmt ab, Auslandsinvestitionen gehen zurück, die Zahl der in Armut Lebenden nimmt wieder zu: Alarmzeichen am Horizont.

Eine neue politische Kraft bildet sich nicht heraus. So bleibt nur die immer dringender sich stellende Forderung an den Kongreß, sich zu erneuern und in einem auf Dauer angelegten Bündnis mit den politisch aus den unteren Klassen und Kasten emanzipierten politischen Eliten und mit der United Front, also den sogenannten Linksparteien, die politische Basis für die Erneuerung des Reformwillens zu schaffen. Dieses Bündnis müßte über eine einfache Koalitionsvereinbarung hinausführen. Schon am Anfang müßten Grundsätze formuliert werden, die jeden einbinden. Ohne Konzessionen an die Partner geht es nicht:

- Im Zentrum und in den Unionsstaaten sollte der jeweils stärkste Partner führen.
- Zentrale und regionale Politik müßten in einem groben Rahmen, gleichsam in einem weitmaschigen Regierungsprogramm, aufeinander abgestimmt sein.
- Die Frauenquote in den Parlamenten wird zur Pflicht. Das Verhältnis zur BJP wird geregelt: Die Zustimmung zur Bildung von Koalitionen auf Länderebene mit der BJP müßte politisch vorbereitet und abgestimmt werden.
- Das konstruktive Mißtrauensvotum wird zur Stabilisierung der Regierungs- und Oppositionsverhältnisse durchgesetzt.

- Die politisch-sozialen Reformen vor allem auf dem Lande werden fortgeführt, u.a. die Finanzierung der örtlichen Gemeinderäte (Panchayat) gewährleistet.
- Die Wirtschaftsreform wird fortgeführt - auch in den kritischen Bereichen.

Dies sind einige der Grundsätze, die in eine dauerhafte Bindung zwischen Kongreß und Vereinigten Linken sowie mit einigen Regionalparteien auf Unions- und Länderebene einfließen könnten, um den Wirtschaftskurs sozial abzusichern und um den im Interesse der Stabilisierung der demokratischen Ordnung liegenden Reformprozeß im politisch-sozialen, humanitären und wirtschaftlichen Bereich auf eine mittelfristige Grundlage stellen zu können. Das heißt, daß der Bündnisvertrag auch wirtschaftspolitisch verträglich sein muß. Der Grundgedanke liegt aber darin, auf längere Zeit ein Bündnis Mitte-Links herbeizuführen, in das die meist links ausgerichteten regionalen Parteien der früheren unteren Klassen und Kasten partnerschaftlich einbezogen werden können. Konträr laufende Politik in Union und Bundesstaaten ist ebenso schädlich wie die Kurzlebigkeit der Unionsregierungen.

Die zum Handeln verpflichteten Institutionen - im politischen Raum die politischen Parteien, auf der Regierungsseite die Schlüsselpersonen - müssen sich jetzt darüber klarwerden, daß die Demokratie erstmals in diesem Lande wirklich in Gefahr kommen kann, wenn es nicht gelingt, den Reformbedarf zu decken, um soziale Katastrophen zu vermeiden und um Indien innen- und außenpolitisch wieder handlungsfähig zu machen.

Es wäre auch denkbar, daß Präsident Narayanan selbst vertraulich Konsultationen über gewisse Verfassungsänderungen einleitet, da er nach der Verfassung zu einer Aktion wie der Bildung einer Kommission zur Verfassungsreform nicht befugt sein dürfte. Aus dem des Parlament kann eine solche Kommission jederzeit berufen werden. Indien hat den Punkt erreicht, da dies zu tun notwendig erscheint. Allerdings sollte es sich um eine im Auftrag begrenzte Reformkommission handeln. Der Auftrag könnte lauten: Auf welche Weise kann die Stabilität von Koalitionsregierungen innerhalb einer Legislaturperiode erreicht werden?